

A photograph of Daniel Weßner, a man with short brown hair, wearing a dark suit jacket over a white t-shirt with a black splatter pattern. He is standing behind a podium, gesturing with both hands as if speaking. The background shows a conference room with microphones and other equipment.

BEWERBUNG FÜR DIE LANDESLISTE

DANIEL WEßNER

**Liebe Freund*innen,
liebe Bündnisgrüne,**

gesellschaftliche Veränderung war nie ein Selbstläufer, sondern bleibt die Quersumme großer Visionen und kleinteiliger Arbeit. Was vielen als Gegensatz erscheint – Radikalität und Realismus, Prinzipientreue und Pragmatismus, Konflikt- und Kompromissfähigkeit – ist die gemeinsame Essenz einer Politik, die wirklich einen Unterschied machen will. So verstehe ich unsere Aufgabe als emanzipatorische Bewegungspartei und das ist die Verantwortung, die mich antreibt.

Aus der Krise hilft nur Grün!

Wir Bündnisgrüne haben unter Beweis gestellt, dass eine andere Politik tatsächlich möglich ist. Die letzten Jahre haben uns gelehrt, dass es dafür Mut und Beharrlichkeit, unkonventionelle Ideen und breite Bündnisse braucht. Widerstände und anfängliches Scheitern machen uns im besten Fall nur stärker. Wir haben Berlin verändert – und stehen nun vor der größten Herausforderung unserer Parteigeschichte: Während sich die Welt mitten in einer Pandemie befindet, die Klimakrise den Planeten bedroht und die Ungerechtigkeit hierzulande wie weltweit immer weiter wächst, wollen wir Verantwortung in einem Grünen Rathaus übernehmen. Das wird schwer. Aber leicht haben wir es uns als Bündnisgrüne noch nie gemacht. Aus der Krise hilft nur Grün! Unser Wahlkampf-Claim von 2009 ist aktueller denn je. Das schaffen wir nur gemeinsam.

Auf die Umsetzung kommt es an

Ob Mietendeckel, Mobilitäts- oder Antidiskriminierungsgesetz: Als Parlamentarischer Geschäftsführer unserer Fraktion durfte ich an nahezu allen bündnisgrünen Vorhaben in dieser Legislatur mitwirken. Daher weiß ich, dass es von der erstmaligen Forderung bis zur Ausführungsvorschrift, vom persönlichen Herzensanliegen bis zur Etatisierung im Haushaltsplan mitunter ein weiter Weg ist. Politik, das ist immer auch das Zusammenwirken unterschiedlichster Akteur*innen und ein Prozess, der aus diversen fachlichen wie formalen Etappen besteht. Gleiches gilt für die operative Arbeit an den Schnittstellen von Partei, Legislative und Exekutive oder zwischen Land und Bezirken. Aber am Ende zählen für die Berliner*innen nicht Zuständigkeiten, Masterpläne oder Haushaltsansätze, sondern dass sich Politik in ihrem Alltag materialisiert: im öffentlichen Raum, bei der sozialen Infrastruktur, einer funktionierenden Verwaltung und guten Grundversorgung.

Bei all dem ist Berlin besser als sein Ruf: Einige der schnellsten Finanzämter und Amtsgerichte der Bundesrepublik sind hier zu finden. Nirgendwo in Deutschland brummte vor der Pandemie die Konjunktur stärker, wurden anteilig mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze geschaffen. Wir haben die Investitionen auf zweieinhalb Milliarden Euro im Jahr hochgeschraubt und die durchschnittliche Dauer von Einstellungen im öffentlichen Dienst um drei Monate verkürzt. Mit den Pop-up-Radwegen wurde unsere Stadt zum internationalen Trendsetter. Trotzdem bleibt jede Menge zu tun, wenn die Transformation Berlins zu einer ökologischen, gerechten und zukunftsfesten Metropole gelingen soll. Ich möchte dazu weiterhin meinen Beitrag leisten, und zwar dort, wo ich in den letzten Jahren am meisten bewirken konnte: Im Maschinenraum der Landespolitik und damit eben dort, wo parlamentarisches und Regierungshandeln, Haupt- und Bezirksverwaltungen, zivilgesellschaftliche und staatliche Strukturen beim Umbau unserer Stadt ineinandergreifen müssen.

Grüne Haushalts- und Finanzpolitik: weil es uns die Stadt und das Klima wert ist

Berlins Entwicklung laboriert bis heute an den Altlasten einer Vergangenheit, die mit den Stichworten Bankenskandal und Sparen-bis-es-quietscht hinreichend umschrieben sind. Deshalb wäre es in der gegenwärtigen Coronakrise auch

grundfalsch, der hinterher zu sparen, denn das würde den ökonomischen Schaden nur noch vergrößern. Es war nicht zuletzt die Austeritätspolitik, die mit dafür verantwortlich ist, dass es unserer Wirtschaft und Gesellschaft an der erforderlichen Krisenresilienz mangelt. Das zeigt sich im Gesundheitssystem, aber auch im Bereich der Digitalisierung.

Bündnisgrüne Haushalts- und Finanzpolitik will weiterhin in Berlin und seine Menschen investieren. Die Pandemie hat die öffentliche Einnahmeentwicklung um mindestens zwei Jahre zurückgeworfen, aber das darf uns nicht davon abhalten, die Modernisierung der städtischen Infrastruktur sowie die Ertüchtigung der Haupt- und Bezirksverwaltungen fortzusetzen. Umso mehr wird es auf die richtige Prioritätensetzung ankommen. Für mich liegt die in einer ökologisch-sozialen Stadtentwicklung, die das 1,5 Grad-Klimaziel ebenso wie eine moderne öffentliche Grundversorgung für alle Berliner*innen erreicht. Die Haushalts- und Finanzpolitik kann hier zum eigentlichen Gamechanger werden, indem sie ihre genuinen Stärken und Steuerungsinstrumente in Anschlag bringt.

Das zeigt sich insbesondere in der Klimapolitik, aber auch in der Bodenpolitik: Mit dem Grünen Klimabudget und einem echten Bodenfonds können wir endlich auch dort Rahmenbedingungen definieren, Anreize schaffen und eine Lenkungswirkung erzielen, wo einzelne Fachpolitiken bislang an ihre Grenzen stoßen. Klimaschutz ist per se eine Querschnittsaufgabe, aber erst die Verschränkung mit der Haushaltswirtschaft verleiht ihr die Durchschlagskraft, die es braucht, um den CO2-Einsparpfad in allen relevanten Bereichen wirklich umzusetzen. Ähnlich verhält es sich mit der Ressource Boden: Nur wer über die verfügt oder zumindest deren Nutzungskonditionen festlegt, wird eine spekulative durch eine nachhaltige Stadtentwicklung ablösen können. In beiden Fällen müssen es uns Berlin und unser Klima wert sein, endlich konsequent umzusteuern.

Berlin: „The greatest cultural extravaganza that one can imagine“

Schon David Bowie wusste, dass wir in einer der kulturell aufregendsten und vielfältigsten Metropolen überhaupt leben. Diese Kulturlandschaft ist akut bedroht und war es auch schon vor der Corona-Pandemie. Berlins Künstler*innen, Kreative und Kulturorte schaffen Ausdrucksformen, Resonanzräume und Laboratorien, die uns ebenso spiegeln wie den Blick auf unsere Umwelt verändern. Gleichzeitig sind sie die Ersten, die unter sozialer Verdrängung und materieller Unsicherheit leiden müssen. Dabei ist Kultur gesellschaftsrelevant und dürfte mehr zu dem internationalen Nimbus Berlins beitragen, als jeder andere Sektor.

Grüne Kulturpolitik setzt deshalb dort an, wo bis dato Stadtentwicklungs-, Bildungs- und Sozialpolitik allzu oft enden. Um ausreichend künstlerische Produktions- und Präsentationsräume zu sichern, braucht es eine strategische Ankaufpolitik und integrierte Stadtplanung, ebenso wie die Überlassung öffentlicher Liegenschaften zur Kostenmiete oder zum vergünstigten Erbbauzins. Die öffentliche Kulturförderung muss vom Kopf auf die Füße gestellt werden, insbesondere was die Freie Szene einschließlich ihrer Ankerinstitutionen, Verbände und Hybride betrifft. Öffentliche Kultureinrichtungen und Institutionen müssen sich noch stärker öffnen und diversifizieren: Das ist in einer diversen Stadtgesellschaft nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit und Repräsentanz, sondern auch das beste Mittel gegen Machtmissbrauch.

Die letzten fünf Jahre haben gezeigt, dass Kulturpolitik überall dort erfolgreich sein kann, wo sie konsequent prekäre Arbeitsbedingungen angeht oder bisherige Leerstellen in den Fokus nimmt: Mit der Weitergabe der Tarifentwicklung oder mehr Festangestellten in den Musikschulen wurden nicht nur Kulturschaffende sondern auch die kulturelle Bildung und Grundversorgung unserer Stadt gestärkt. Ein besonderes Anliegen von mir war und ist die Erinnerungspolitik, gerade in einer Zeit, in der ein gesellschaftlicher Backlash und die Einschränkung der Kunstfreiheit drohen. Die überfällige Aufarbeitung der Kolonialvergangenheit und die Dekolonisierung von Sammlungen, der Kulturarbeit und des öffentlichen Raums haben endlich begonnen. Auch dieser Prozess muss weitergehen, wenn Berlins Kultur- und Erinnerungslandschaft wirklich für alle Menschen in dieser Stadt da sein soll.

Liebe Freund*innen,

in den letzten fünf Jahre habe ich jeden Tag als ein Privileg empfunden, die Berliner*innen und Euch im Abgeordnetenhaus politisch vertreten zu dürfen. Um diese Arbeit fortsetzen zu können, bitte ich Euch um Euer Vertrauen und um Eure Stimme.

Euer Daniel

Politisches

- seit 2016 Mitglied der bündnisgrünen Abgeordnetenhausfraktion
- Parlamentarischer Geschäftsführer und Sprecher für Kultur, Haushalt und Finanzen
- Mitglied im Fraktionsvorstand
- Mitglied im Ältestenrat, im Ausschuss für Kulturelle Angelegenheiten, im Hauptausschuss und im Unterausschuss Vermögensverwaltung

Persönliches

- geboren 1975 in Hamburg, Berliner seit 1996, Bündnisgrüner seit 2001
- ab 1996 Studium der Geschichte und Kunstgeschichte an der Humboldt Universität und am College of William & Mary in Williamsburg/Virginia (USA)
- 2003 bis 2011 Wahlkreismitarbeiter von Christian Ströbele
- 2006 bis 2011 Mitglied der Bezirksverordnetenversammlung von Friedrichshain-Kreuzberg
- 2011 bis 2016 Landesvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen Berlin

Kontakt



daniel.wesener@gruene-fraktion.berlin



daniel-wesener.berlin



<https://twitter.com/dpwes>

Dein Grünes Büro
Wrangelstr. 92
10997 Berlin

